

Lieber Manfred,

Entsprechend deiner Bitte und dem Wunsch einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, möchte ich nach langer Überlegungszeit heute damit beginnen, die wesentlichen Ereignisse und Erfahrungen meines nicht ganz alltäglichen Lebenslaufes aufzuzeichnen.

Meine Großeltern stammen aus armen Verhältnissen. Schäfer und Straßenwarte waren im nordbadischen Rohrbach und im schwäbischen Maulbronn Leute, deren Kinder am Morgen mit einem eben erst gelegten Hühnerei zum örtlichen Kaufmann geschickt wurden, damit sie dieses Ei gegen eine Prise Salz eintauschten, mit der man das karge Mittagessen würzen konnte. Die Söhne aus solchen Familien kehrten nach Ableistung des Wehrdienstes ihren Heimatorten den Rücken und verdingten sich bei Post und Eisenbahn in angelernten Berufen im Staatsdienst.

Die Töchter gingen als „Dienstmädchen“ in die Städte. Vielfach erfüllte sich ihre Hoffnung, einen der niederen Post- oder Eisenbahnbediensteten zu heiraten und eine Menge Kinder zu bekommen.

Die Frauen und Männer aus der Generation meiner Großeltern ließen sich in der aufsteigenden Industriemetropole Mannheim oder in der „Haupt- und Residenzstadt“ Karlsruhe nieder. Hier entstanden am Ende des 19. Jahrhunderts neue Stadtteile mit großen Miethäusern als Wohngebiete für Arbeiter, Angestellte, Angehörige des Mittelstandes und Beamte.

Die reichen Leute wohnten im Westen und Süden, die Armen in der Altstadt (in Karlsruhe als „Dörfle“ bezeichnet), die übrigen gesellschaftlichen Gruppen lebten bunt gemischt in mittleren Wohnlagen. Gemeinsam war ihnen allen der Wunsch nach möglichst raschem regionalem Aufstieg. Mein Großvater war stolz darauf, dass sein Sohn mit dem Sohn aus jener Familie, in der seine Frau als Dienstmädchen gearbeitet hatte, in die „höhere Bürgerschule“ ging und sein Enkel sogar ein Gymnasium besuchte. Auch wenn die Generation meiner Großeltern sich nicht gern ihrer armseligen Herkunft erinnern mochte, hatten sie dennoch einen starken Zusammenhalt. So gab es alljährlich eine Art Familientreffen in der Wohnung meines Großvaters, an welchem seine Geschwister und deren Kinder und Kindeskinde r teilnahmen.

Für sie alle galten späterhin die Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges als „gute alte Zeit“. Von Hause aus konservativ, der großherzoglichen Obrigkeit verbunden, streng kirchentreu, sparsam und fleißig, waren sie allesamt überzeugt davon, in der Besten aller Welten zu leben.

Mein Vater wuchs in einer Familie heran, in der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit alltäglich gelebte Tugenden waren. Er verrichtete die höhere Bürgerschule und war, als er 1916 seinen Gestellungsbefehl erhielt, begeistert und glücklich, dem Vaterland dienen zu dürfen.

Diese Begeisterung wurde allerdings in den Materialschlachten der Westfront auf eine harte Probe gestellt: der knapp 18 Jahre alte Kanonier Friedrich Wartmann erlitt am Kimmelberg zwei schwere Verwundungen und erlebte das Kriegsende in einem Freiburger Lazarett.

Für meine Großeltern bedeutete die Novemberrevolution 1918 den Zusammenbruch aller bislang gültigen Werte. Im Grunde hielten sie alles, was danach kam, für „Teufelswerk“. Für sie waren Arbeiterbewegung, Demokratie und Parteienherrschaft Ausdruck des Willens von „Emporkömmlingen“, sich der staatlichen „Futterkrippe“ zu bedienen und das Volk zu betrügen. Die „Nationalsozialisten“ hielten sie für besonders abgefeymte Schurken, weil sie sich „nationaler“ Argumente bedienten, um die von ihnen angestrebte Pöbelherrschaft zu rechtfertigen. Mein Großvater nannte Hitler einen „Mausefallenhändler“, für meine Großmutter war er schlicht und einfach der „Antichrist“.

Auch das Verhältnis meines Vaters zur Weimarer Demokratie war ambivalent, einerseits hatte er sich während seines Lazarett-Aufenthaltes in den Freiburger Soldatenrat wählen lassen und den nach Holland geflohenen Kaiser einen „Feigling“ genannt, andererseits aber gab es für ihn in der Weimarer Republik so viele negative

Erscheinungen, dass er sich im Wesentlichen der Totalkritik seiner Eltern anschloss.

Als mein Großvater 1890 sein Arbeitsleben als „Postjungbote“ begann, verdiente er 50 Reichsmark im Monat. Sein ganzes Leben lang verdonnerte er seine Familie zur äußersten Sparsamkeit. So kam es, das er 1923 über eine finanzielle Rücklage von 30.000,00 Mark verfügte, deren Wert sich in den ersten Wochen der Inflation auf einen Laib Brot reduzierte um danach im absoluten Nichts zu verschwinden. Klar, dass ein Staat, der diese unbegreifliche Ausplünderung seiner Bürger zuließ, kein „guter“ Staat sein konnte.

Und eine Regierung, die mit dem Problem der im Kaiserreich unbekanntenen Massenarbeitslosigkeit nicht fertig wurde, brauchte sich nicht zu wundern, wenn das Volk sie davonjagte.

Mein Vater hatte nach dem Ende des ersten Weltkrieges eine kaufmännische Lehre beendet und später als Buchhalter bei der Badischen Beamtenbank ein gutes Einkommen. Nicht ohne Stolz nannte er sich „Bankbeamter“. Aber das währte nicht lange: 1929 wurde er „abgebaut“ und somit arbeitslos. Von 1931 bis 1934 war er Prokurist bei einer kleinen, windigen Vieh-Agentur, um danach als Leitender Angestellter in die Devisenabteilung beim Oberfinanzpräsidium Karlsruhe überzuwechseln. Im Februar 1927 hatte er geheiratet, am 17. Januar des folgenden Jahres kam ich zur Welt.

Meine Großeltern mütterlicherseits waren nicht nur von zu Hause aus arme Leute, sie sind es auch ihr Leben lang geblieben. Dass ihre Tochter meinen Vater heiratete, muss ihnen als ein schier unvorstellbarer Glücksfall erschienen sein. Doch dieses Glück war nur von kurzer Dauer: mein Geburtsmonat war in Süddeutschland einer der Kältesten des Jahrhunderts; meine Mutter bekam eine Lungen- und Rippfellentzündung, die sich in den folgenden Wochen zu einer damals unheilbaren Tuberkulose entwickelte. Umgeben von meinem Vater und seinen Schwestern ist Lydia Wartmann in den Vormittagsstunden des ersten Weihnachtstages 1928 gestorben. Ihre letzten Worte galten mir: „Passt gut auf das Kind auf. Es braucht viel, viel Liebe“.

Da ich zu diesem Zeitpunkt eben gerade 11 Monate alt war, kannte ich meine Mutter nur von einigen Photographien, die noch heute in meinem Besitz sind. Die zeigen eine sehr schöne lebensfrohe junge Frau, gütig und voller Hoffnung auf eine gute gemeinsame Zukunft mit Mann und Kind. Nach dem Tod meiner Mutter erlebte ich die ersten Kindheitsjahre bei meinen Großeltern, den Eltern meines Vaters und meinen beiden Tanten, den Schwestern meines Vaters.

1930 hat meine Vater erneut geheiratet. Diese zweite Ehe nahm einen sehr unglücklichen Verlauf. Bereits nach der Geburt meiner Schwester im Januar 1933 und erst recht nachdem 1936 mein Bruder zur Welt kam wurde meine Stiefmutter schwer nerven- und gemütsleidend. Ihre Krankheit begleitete fortan ihr ganzes Leben und führt

dazu, dass ich die längste Zeit meiner Kindheit und Jugend in der Obhut meiner Großeltern und Tanten verlebte. Rückschauend erscheint mir bemerkenswert, dass so gut wie alle meine Erinnerungen an Kindheit und frühe Jugend in irgendeiner Form politikbezogen sind.

Ich war eben gerade fünf Jahre alt, als mich meine Stiefmutter in das nächstgelegene Kolonialwarengeschäft schickte, um dort eine Kleinigkeit einzukaufen. Vor diesem Geschäft stand ein riesengroßer SA-Mann in brauner Uniform. Als ich versuchte zwischen seinen Beinen hindurchzuschlüpfen, fasste er mich am Kragen und brüllte mich an: „Hier wird heute nicht eingekauft!“. Weinend eilte ich nach Hause und erzählte von meinem Unglück. Zufällig war mein Vater anwesend und sagte irgendetwas von einem „Boykott jüdischer Geschäfte“. Er sagte dies aber voller Angst der SA-Mann könne mich eventuell nach meinem Namen gefragt haben und war sichtlich erleichtert, als er erfuhr, dass dies nicht der Fall gewesen war. Nie zuvor hatte ich in den Augen meines Vaters diesen ängstlichen Ausdruck gesehen. Fünf Jahre später erfolgte das nächste Ereignis, dessen Eindruck mir bis heute im Gedächtnis blieb. Nach Abschluss einer vierjährigen Volksschulzeit war ich 1938 in ein Realgymnasium überwechselt. Ich wohnte damals bei meinen Großeltern mütterlicherseits und hatte einen etwa zwanzig Minuten währenden täglichen Schulweg, der über die Kaiserstraße führte. Unterwegs begegnete mir eine johlende Horde von Menschen, die einen älteren Mann vor sich hertrieben. Der Mann hielt beide Arme hoch und ging mehrfach

in die Knie, was dazu führte, dass man ihn immer wieder in den Hintern trat und so lange auf ihn einschlug, bis er sich erhob und weiterging. Voller Entsetzen eilte ich in das Klassenzimmer meines Gymnasiums und berichtete über das für mich unfassbare Erlebnis. Mein Erschrecken steigerte sich ins Unermessliche, als ich feststellen musste, dass meine Klassenkameraden von einer „notwendigen Bestrafung“ dieser „Saujuden“ überzeugt waren und den weithin sichtbaren Brand der nahe gelegenen Synagoge für eine wunderbare Sache hielten. Als endlich der Unterricht begann, glaubte der Studienrat, meine sichtliche Aufregung sei krankheitsbedingt und schickte mich nach Hause.

Quer durch das „Dörfle“ eilte ich in die Wohnung der Eltern meines Vaters in die Südstadt. Ich stürmte die Treppe nach oben und läutete mehrfach voller Ungeduld. Schließlich öffnete sich die Tür. Meine Großmutter blickte durch den Türspalt und zog mich herein: „Ach, du bist es, Büble. Gott sei Dank!“. Ich lief an ihr vorbei in die so genannte „gute Stube“, das mittlere Zimmer und sah dort fünf oder sechs ängstlich dreinblickende Frauen und Männer, sämtlich Juden, die wie ich nun erfuhr, sich in die Wohnung meiner Großeltern geflüchtet und dort um Schutz gebeten hatten. Mein stürmisches Läuten an der Wohnungstür hatte sie in Angst und Schrecken versetzt. Sie glaubten, dass jetzt ihre letzte Stunde geschlagen habe und die Pogromhelden über sie herfallen würden. Als mein Großvater sie beruhigte, war ihr Aufatmen hörbar.

Übrigens, mein Großvater: im Alter von 65 Jahren war er seit 1935 Pensionär. Seine Wohnung war in der gesamten Wilhelmstraße die einzige, deren Balkon bei offiziellen Ereignissen nicht beflaggt war. Er untersagte mir in aller Form, Mitglied der „Hitlerjugend“ zu werden. Und als den jüdischen Mitbürgern das Tragen des Davidsterns zur Pflicht gemacht wurde, holte er ihm bekannte oder unbekannte Juden von der Straße weg zu sich in die Wohnung ein und beköstigte sie.

Ich fühlte mich in dieser Zeit stets hin- und hergerissen. In der Schule und bei meinem Freunden musste ich das Hitlersystem loben, musste regimekonforme Aufsätze schreiben und das „internationale Judentum“ als „Abschaum der Menschheit“ bezeichnen. Wann immer ich aber bei meinem Großvater zu Hause war, hörte ich das genaue Gegenteil. Bei Kriegsausbruch wurde dieser ständige Widerspruch nahezu unerträglich. Außerhalb unserer Wohnung freuten sich alle Menschen über jeden Sieg der deutschen Truppen. Eine unüberschaubare jubelnde Masse feierte 1940 den Fall von Paris, während mein Großvater am Liebsten geheult hätte.

Den endgültigen Ausschlag für meine von da an lebenslange Ablehnung des Nazisystems ergab ein Besuch meines Großvaters beim zuständigen Ortsgruppenleiter der NSDAP unmittelbar nach Kriegsausbruch. Es ging dabei um einen Antrag auf einen Evakuierungsschein für meine Großmutter. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der wörtlich vorgetragenen Begründung, dass unsere Familie



eine „Familie von Staatsfeinden“ sei, die „verrecken könne“ und keinerlei Anspruch auf irgendeine Fürsorge habe. Ich stand dabei, als mein Großvater sich diese Beschimpfung anhören musste. Diese Demütigung eines Mannes, der sein Leben lang dem Staat treu gedient und es als eine Selbstverständlichkeit betrachtet hatte, bei Kriegsbeginn trotz seiner Pensionierung vorübergehend wieder in den Dienst dieses Staates zurückzukehren, war für mich das Ende aller inneren Loyalität gegenüber dem herrschenden System.

1942, ich war gerade 14 Jahre alt, erlebte ich einen Triumph, der mich in den Augen meiner Schulfreunde und Klassenkameraden zu einer „Autorität“ in politischen Fragen werden ließ.

Mein Vater war zu dieser Zeit Leitender Angestellter der Devisenstelle beim Oberfinanzpräsidium Baden-Elsass in Straßburg. Mehrfach besuchte ich ihn dort und wurde Zeuge vieler Vorgänge, die zeigten, dass die elsässische Bevölkerung den deutschen Behörden extrem ablehnend gegenüberstand. Ich berichtete meinen Schulfreunden davon und führte als Begründung die Herrenmenschen-Mentalität der keineswegs als Befreier betrachteten Besatzungszone an. Nun muss man wissen, dass das Nazisystem die Führerschaft seiner Hitlerjugend-Organisation ausschließlich in den Oberschulen und Gymnasien rekrutierte. Dementsprechend saßen neben mir auf der Schulbank nicht einfach Hitlerjugend-Mitglieder, sondern „Fähnlein- oder „Gefolgschaftsführer“, aktive und überzeugte Jugendfunktionäre der Nazibewegung. In meiner Schulklasse war ich das einzige

Nicht-Mitglied der Hitlerjugend und dies ungeachtet des Umstandes, dass diese Mitgliedschaft eigentlich durch das Staatsgesetz vorge-schrieben war. Zur Durchsetzung dieses Prinzips startete die Hitler-jugend eine Überprüfung der in den Ernährungsämtern vorhandenen Personalstatistik. Ziel dieser Aktion war die Erfassung aller jungen Leute im Alter von 14 bis 18 Jahren, die aus irgendwelchen Gründen nicht HJ-Mitglieder waren. Diese sollten aus den Oberschulen und Gymnasien entfernt und gemeinsam mit anderen, aus „unzuverlässi-gen“ Familien stammenden Jugendlichen von der „Organisation Todt“ eingezogen, in Lager verbracht und für „Sonderarbeiten“ vor-gesehen werden. Ich erfuhr von dieser Aktion. Auf meine Bitte hin schrieb mir einer meiner Klassenkameraden, ein „Gefolgschaftsfüh- rer“ mit hohem Ansehen bei seinen Vorgesetzten, einen Überwei- sungsschein für eine HJ-Formation meines Wohngebietes, genau so, als sei ich bei ihm jahrelang Mitglied gewesen und nun durch Woh- nungswechsel nicht mehr Teil seiner Zuständigkeit. Er tat dies ohne jedes Nachdenken und wünschte mir sogar „ein gutes Gelingen“.

Wenige Tage später meldete ich mich bei der HJ-Einheit an, an die ich „überwiesen“ wurde und nahm, da auf dem „Dienstplan“ gerade die schriftliche Prüfung für das „Leistungsabzeichen der Hitlerju- gend“ stand, mit einigen Bauchschmerzen an dieser Prüfung teil. Wer beschreibt mein Erstaunen, als ich nach Ablauf einer Woche die Mitteilung erhielt, ich hätte als einziger Prüfling „alle gestellten Fra- gen richtig beantwortet“ und würde deshalb als „bester Prüfungsteil-

nehmer der Gefolgschaft“ das Leistungsabzeichen verliehen bekommen.

In meiner Schulklasse schlug diese Mitteilung ein wie eine Bombe: ausgerechnet der Abkömmling einer Familie von Staatsfeinden, der genau genommen gar nicht HJ-Mitglied war, erhielt die höchste Auszeichnung, die das NS-System für Leute seiner Altersgruppe vorsah.

Klar, dass ich sofort von der Liste derjenigen gestrichen wurde, die man der Organisation Todt übergeben wollte. Klar aber auch, dass alle Kritiker meiner „staatsfeindlichen Gesinnung“ fortan zum Schweigen verurteilt waren. (Ich habe das Leistungsabzeichen nie erhalten und hielt es auch nicht für nötig, mich an weiteren Aktivitäten zu beteiligen, weshalb ich nach einigen Wochen wegen „mangelndem Dienstbesuch“ aus der HJ „ausgeschlossen“ wurde).

Zusammen mit allen Schülern meiner Gymnasialklasse wurde ich am 12. Januar 1944 als Luftwaffenhelfer zur Heimatflak eingezogen. Das Datum ist deshalb besonders wichtig, weil ich erst ein paar Tage später, am 17. Januar, meinen 16. Geburtstag feierte und dieser Geburtstag war exakt das Datum, an dem ich zum Zeitpunkt der Vollendung meines 15. Lebensjahres zum ersten Mal als Richtkanonier einer 8,8 cm Flak-Kanone aktiv am 2. Weltkrieg teilgenommen habe. Kindheit und Jugend waren für mich beendet.

Über die Zeit meines Einsatzes als Geschützfürer einer Großkampfbatterie in Karlsruhe und Gröbñitz bei Zeitz möchte ich nicht viel

aussagen. Es war eine Zeit, in der binnen weniger Wochen aus einem wohlbehüteten Kind und Jugendlichen ein Soldat gemacht wurde, der sich am Ende geschworen hat, sein Leben lang nur mit Abscheu auf diese Zeit zurückzublicken und niemals mehr, und sei es auch nur auf dem Schießstand einer Jahrmarktbude, eine Waffe in die Hand zu nehmen.

Anfang 1945 wurde unsere Batterie aufgelöst. Ein Teil meiner Freunde bekam den Marschbefehl, an der Verteidigung des Großraumes Berlin teilzunehmen, ein anderer Teil, zu dem auch ich gehörte, wurde nach Karlsruhe entlassen um hier in der Panzerbekämpfung eingesetzt zu werden. Schon auf der Rückfahrt habe ich mich mit meinem damals besten Freund vom Gros unserer Einheit getrennt. Für uns beide war klar, dass wir uns von nun an keinen Augenblick länger an der weiteren Kriegsführung beteiligen würden. Auf vielen Umwegen, teilweise unter dem Beschuss alliierter Nahkampfflieger in der zu mehr als 40 % zerstörten Stadt Karlsruhe angekommen, begaben wir uns nach wenigen Tagen in den Untergrund und erwarteten im fragwürdigen Schutz eines Fremdarbeiterlagers sehnlichst den Einmarsch der Siegermächte.

Den Menschen unserer Tage wird schwer zu vermitteln sein, dass man damals am Morgen nicht sicher sein konnte, ob man den Abend noch erleben durfte. Die geheime Feldpolizei durchsuchte die Wohnung meiner Großeltern, um mich als Deserteur festzunehmen und

am nächsten Laternenmast aufzuhängen mit einem Schild um den Hals zur Abschreckung für andere junge Leute. In dem Ausländerlager, in dem ich mich verbarg, fanden permanent Kontrollen statt, wurden ständig Menschen „abgeholt“, die niemals wiederkehrten. Was immer noch als „normale“ Einwohnerschaft in Karlsruhe vorhanden war, lebte in Luftschutzkellern oder arbeitete in unterirdischen Werkstätten. Hinzu kamen alltägliche Luftangriffe und bald auch die Einschläge der alliierten Artilleriegeschosse.

Als eines Abends, es war der 13. April 1945, im Ausländerlager berichtet wurde, dass in den Polizeirevieren die Verbrennung von Akten im Gang sei und dass man von der Ferne bereits Maschinengewehrfeuer hören könne, begab ich mich auf nachtdunklen und menschenleeren Schleichwegen zur Wohnung meiner Großeltern und Tanten, um dort im Luftschutzkeller den Abzug der letzten Volkssturmvverbände und den Einmarsch der Alliierten abzuwarten.

Dieser Einmarsch erfolgte am Morgen des folgenden Tages. Er vollzog sich ohne jeden Widerstand. Entgegen den Behauptungen des Wehrmachtsberichtes, in dem noch fast eine Woche lang von „heftigen Straßenkämpfen in Karlsruhe“ die Rede war, gab es keine Widerstandsregung irgendwelcher SS- oder Volkssturmvverbände, im Gegenteil, die Menschen waren allesamt irgendwie froh, dass der Krieg für sie zu Ende war. Dennoch machten es die Alliierten diesen Menschen nicht gerade leicht, zu glauben, dass dieses Ende der Kampfhandlungen zugleich ein Akt der Befreiung bedeutete. So büß-

te mein Großvater beispielsweise beim Versuch, die einmarschierenden alliierten Soldaten mit Handschlag als Befreier zu begrüßen, seine goldene Taschenuhr ein.

Die Alliierten in den Trümmern der einstigen Residenzstadt, das waren 1945 zunächst Soldaten der 1. französischen Armee De Lattre de Tassigny. Nach der Kapitulation Frankreichs 1940 dienten sie dem Vichy-Regime. In Algerien und Marokko stationiert, wechselten sie 1943 nach der Landung der Amerikaner in Westafrika die Fronten und unterstellten sich dem Oberbefehl des Generals De Gaulle. Im Zuge der Invasion landeten sie 1944 in Frankreich. Als Teilstreitkräfte der Alliierten, von Kopf bis Fuß und allem Kriegsgerät von den Amerikanern ausgerüstet, marschierten sie 1945 über das Elsaß und die südliche Pfalz in Baden und Württemberg ein, besetzten später das bayerische Lindau am Bodensee und das österreichische Vorarlberg. In ihrem Gefolge befanden sich Marokkaner und Senegalesen, ferner Angehörige der Fremdenlegion und „Kriegsfreiwillige“, die sich zu irgendeinem Zeitpunkt den Streitkräften angeschlossen hatten. Ein bunt zusammengewürfelter Haufen, dessen Eliteeinheit „Bataillon du Choc“ sich selbst als „französische SS“ bezeichnete.

Mein Verhältnis zu diesen Streitkräften war ambivalent. Sie hatten mich schon am Nachmittag ihres Einmarsches von der Straße weg verhaftet und zusammen mit vielen anderen Bürgern in der Hauptpost festgehalten. Durch Intervention eines befreundeten französischen Fremdarbeiters wurde ich am folgenden Vormittag dem Stadt-

kommandanten vorgeführt und freigelassen. Ich bekam ein dreisprachiges Plakat mit auf den Heimweg, das, am Eingang unseres Mietshauses angebracht „allen Militär- und Zivilpersonen“ den „Zutritt nur mit besonderer Genehmigung des Stadtkommandanten“ erlaubte und meine Familienangehörigen und alle Bewohner unseres Hauses von den in regelmäßigen Abständen vorkommenden offiziellen und inoffiziellen Durchsuchungen und Plünderungen schützte.

Ich war zu diesem Zeitpunkt 17 Jahre alt und durchdrungen von der Überzeugung, in meinem kurzen Erdendasein bereits mehr erlebt zu haben, als mein Großvater in den 75 Jahren seiner Existenz. Die Tatsache, dass ich niemals eine späte Kindheit und frühe Jugend hatte erleben dürfen, machte mich selbstbewusst und erhaben über die „kleinbürgerlichen“ Alltagswünsche meiner wenigen, in den Trümmern meiner Heimatstadt übrig gebliebenen Altersgenossen.

Meine berufliche Zukunft war mir egal. Sinnvoll erschien mir für mein weiteres Leben allein die aktive Beteiligung an allen Maßnahmen, die verhindern konnten, dass sich die Nazidiktatur irgendwann einmal wiederholt. Wer immer in meiner Gegenwart äußerte, es sei ja „alles nicht so schlimm gewesen“ und der Hitler habe „ja nur das beste gewollt“, musste mit harten Beschimpfungen rechnen.

Spätestens in den Wochen, die ich im Untergrund verlebte, war mir klar geworden, dass die Nazis in den Kommunisten ihren Hauptfeind sahen. Keine Partei hatte auch nur annähernd so viele Opfer im Kampf gegen Hitler zu beklagen, wie die KPD. Kein Land hatte auch

nur annähernd so unter der Naziaggression gelitten, wie die Sowjetunion, kein Volk auch nur annähernd so viele Menschen im Krieg verloren, wie das sowjetische. Also musste der Kommunismus eine gute Sache sein.

Eine Mischung aus Zufall und Absicht führte wenige Tage nach dem Einmarsch der Franzosen dazu, dass mir in der Kommandantur der Name und die Wohnanschrift eines Mannes genannt wurde, den man als „Chef der Kommunistischen Partei“ bezeichnete.

Der Mann hieß Berthold Riedinger und war der einzige überlebende Stadtverordnete der KPD aus der Zeit von 1933. Als ich ihn aufsuchte, diskutierte er in seiner Wohnung gerade mit einem Genossen, der mir unter den Namen Räßle vorgestellt wurde. Später erschien es mir geradezu symbolisch, dass mein erster Kontakt mit Kommunisten, mich mit den Exponenten des zukünftigen „rechten“ und „linken“ Flügel der KPD Karlsruhe bekannt gemacht hat. Beide waren zu diesem Zeitpunkt allerdings noch völlig einer Meinung und nach kurzer Überwindung des Misstrauens bemüht, mich in die Anfangsgründe des wissenschaftlichen Sozialismus einzuführen. Ihre Überzeugungskraft und meine Aufnahmebereitschaft waren so groß, dass ich nach etwas mehr als zwei Stunden felsenfest davon überzeugt war, meine künftige politische Heimat gefunden zu haben. Zum ersten Mal in meinem Leben übermannte mich ein unbeschreibliches Glücksgefühl künftig ein Teil einer Menschengemeinschaft zu



sein, die im Einklang mit dem Ablauf der Geschichte für die endgültige Beseitigung aller Ausbeutung und Unterdrückung kämpfte.

Für Riedinger und Räßle stand fest, die Machtergreifung der Kommunisten in Frankreich und Italien steht unmittelbar bevor, in der sowjetischen Besatzungszone werden grundlegende revolutionäre Veränderungen erfolgen, die fortschrittlichen Kräfte in England und den USA werden in wenigen Jahren den Abzug der Besatzungstruppen durchsetzen, das künftige Deutschland wird sozialistisch sein.

Um meinen Teil dazu beizutragen, dass diese wunderbare Perspektive sich verwirklicht, bekam ich sofort zwei Aufgaben übertragen, einmal sollte ich in dem für mich zuständigen Stadtbezirk Südstadt mithelfen, die Wohnungsverwaltung aufzubauen; und zum anderen sollte ich, da es noch keine zugelassenen Parteien und politische Organisationen gab, an einer formal noch immer illegalen Zusammenkunft mit dem Zweck der Gründung einer „Antifaschistischen Aktion“ teilnehmen. Beide Aufträge habe ich umgehend erfüllt.

Die Stadtverwaltung Karlsruhe bestand damals aus zwei rivalisierenden und miteinander konkurrierenden Einrichtungen, da war einmal das zentrale Rathaus, untergebracht im Gebäude des Evangelischen Oberkirchenrates. An der Spitze zunächst noch der letzte Bürgermeister aus der Nazizeit, später ein vom provisorischen Stadtrat gewählter (sozialdemokratischer) Oberbürgermeister, amtierte unangefochten auch weiterhin die zentrale Verwaltung der Stadt mit ihren Behörden.

Daneben existierte in allen Stadtbezirken eine Bezirksverwaltung, deren Angehörige ausschließlich Antifaschisten waren.

Die Südstadt hatte einen Sozialdemokraten als Bezirksvorsteher, der sich redliche Mühe gab, das öffentliche Leben neu zu organisieren, leerstehende oder von den Mietern verlassene Wohnungen zu verteilen und im Übrigen die Befehle der örtlichen Militärregierung auszuführen. In späteren Jahren, als die Bezirksverwaltungen aufgelöst und die zentrale, aus der Nazizeit stammende Zentralverwaltung wieder in ihre alleinbestimmenden Funktionen zurückgeführt wurde, war er zunächst Landtagsabgeordneter der SPD und schließlich Leiter des Arbeitsamtes.

Ich verstand mich leidlich gut mit ihm. Vor allem deshalb, weil er mir jedes Mal Rückendeckung gab, wenn ich, den Anordnungen der Militärbehörden widersprechend, mich weigerte, Wohnungsräumungen oder Zwangsverweisungen vorzunehmen.

Man stelle sich vor, da sitzt in einem Büro ein junger Schnösel von 17 Jahren als stellvertretender Chef einer Wohnungsbehörde, die gerade einmal über eine einzige alte Schreibmaschinen und einen Stempel mit Stempelkissen verfügt. Dieser Schnösel „verwaltet“ knapp 3.000 Wohnungen, in die an einem bestimmten Tag auf Anordnung der Militärregierung etwa 5.000 eben auf dem Bahnhof eingetroffene Flüchtlinge eingewiesen werden sollten und zwar binnen weniger Stunden, denn ab 19.00 Uhr durfte kein Deutscher mehr auf der Straße sein.

Ich hatte nur wenige Mitarbeiter, die sämtlich älter waren als ich. Menschen mit einem sagenhaften Organisationstalent und einer grenzenlosen Loyalität. Mir ist heute noch völlig unklar, wie ich seinerzeit mich habe durchsetzen und die mir gestellten Aufgaben zufrieden stellend bewältigen können.

Am Datum ihrer Zulassung durch die Militärregierung wurde ich mit Wirkung vom 01. August 1945 Mitglied der örtlichen Arbeiterwohlfahrt, des Kulturbundes Karlsruhe und der Gewerkschaft. Auf den Tag genau einen Monat später erhielt ich die örtliche Mitgliedsnummer 017 der Kommunistischen Partei. (Diese Partei war 1933 mit etwa 100 eingeschriebenen Mitgliedern in die Illegalität gegangen. Dementsprechend hielt man nach ihrer Wiedenzulassung die ersten 100 Mitgliedsnummern frei für jene Genossen, die die Nazizeit irgendwie überstanden hatten und erneut um Aufnahme baten. So viel zu der Ziffer „0“ vor meiner Mitgliedsnummer.).

In den folgenden Jahren, genauer gesagt bis zum Frühjahr 1948, stieg die Mitgliedszahl der KPD auf annähernd 3.000 an, darunter 150 Jungkommunisten. Gemessen an der Zahl ihrer eingeschriebenen Mitglieder war die KPD in Karlsruhe wirklich die „stärkste der Parteien“.

Und diese Partei genoss ein hohes Ansehen: in dem von ihr geleiteten „Kulturbund“ vereinigte sich alles, was auf künstlerischem Gebiet tätig war. Sie verfügte über die absolute Mehrheit in den Betriebsräten aller Karlsruher Großbetriebe und stellte den Vorsitz im Gesamtbetriebsrat der öffentlichen Werke.

Als 1946 die Delegierten der neu entstandenen Jugendorganisationen ein „Jugendparlament“ ins Leben riefen, wurde aus formalen Gründen ein Parteiloser zum Präsidenten, zu seinem ersten Stellvertreter jedoch, und zwar einstimmig, ein Jungkommunist gewählt. Sein Name war Waldemar Wartmann.

Am 16. November 1945 nahm in Karlsruhe der öffentliche Schulbetrieb wieder seine Tätigkeit auf. Von den 32 Schülern zweier Gymnasialklassen, die Anfang 1944 als Luftwaffenhelfer zur Heimatflak eingezogen worden waren, fanden sich genau 12 zum neuen Unterrichtsbeginn ein. Schon nach wenigen Lehrstunden war sich die Leitung der Kantschule einig in dem Wunsch, diese 12 Schüler so rasch wie möglich, gegebenenfalls vorzeitig auf irgendeine Weise mit dem Abiturzeugnis auszustatten und damit los zu werden, ehe ihre Disziplinlosigkeit und Renitenz den gesamten Schulbetrieb gefährden konnte.

Unter meinem Einfluss zeigten diese 12 „Schüler“ nämlich wenig Neigung, sich irgendwelches „Wissen“ vermitteln zu lassen von Lehrkräften, die sie sämtlich aus der nur kurze Zeit zurückliegenden Ära kannten, in der eben diese Lehrkräfte in nationalsozialistischem Sinn unterrichtet und uns beigebracht hatten, wie „süß und ehrenvoll“ es ist, „fürs Vaterland zu sterben“.

Zwar hatte die Militärregierung verfügt, dass (und diese Regelung galt in Karlsruhe bis 1949) keine ehemaligen NSDAP-Mitglieder als

Lehrkräfte tätig sein durften. Aber eben diese „Nichtnazis“ hatten sich in der Nazizeit meistens als hundertprozentig systemtreu gebildet und uns beispielsweise im Fach Biologie die Mendelschen Gesetze als Beweis für die Richtigkeit der Hitlerschen Rassentheorie eingetrichtert. Was für ein Wunder, dass wir nicht bereit waren, diese Leute als Autoritäten zu akzeptieren.

Für mich selbst, der ich am Ende meiner Flakhelferzeit und besonders in den Wochen meines Einsatzes in der Wohnungsstelle Südstadt hochdekorierte Offiziere und ehemalige Würdenträger der alten Staatsmacht in all ihrer Feigheit, Erbärmlichkeit und Würdelosigkeit um ein paar Zigarettenkippen habe betteln sehen, war ohnehin jede Hochachtung oder gar Angst vor so genannten „großen Tieren“ verschwunden. Für mich stand selbst der kleinste Hilfsarbeiter, der sich gegen Hitler aufgelehnt hatte und nun in abgerissener Kleidung als ehemaliger KZ-Häftling in Karlsruhe eintraf, turmhoch über jedem Professor und Studiendirektor, die reihenweise darum baten, ich möge ihnen schriftlich bestätigen, dass sie „immer dagegen“ gewesen seien.

Kam noch dazu, dass die letzten Monate meiner Schulzeit mit der Zeit eines geradezu Meteorhaften Aufstieges in der KPD zusammenfielen. Es gab Wochen, in denen nur meine Parteitätigkeit gerade noch zwei oder drei Tage gestatteten, in denen ich am Unterricht teilnehmen konnte. Am letzten Freitag des Monats November 1945 hielt ich vor der KPD-Ortsgruppe Südstadt das erste politische Referat meines Lebens. Alles, was ich dort sagte, hatte ich mir beinahe Wort

für Wort aufgeschrieben. Der Inhalt war angelesenes Wissen und bestimmt nicht weltbewegend. Nur, im Verlauf meines Vortrages entdeckten meine Zuhörer und entdeckte zur eigenen Überraschung auch ich selbst ein gewisses rhetorisches Talent, das mich befähigte, das Manuskript beiseite zu legen und frei zu sprechen.

Meine Zuhörer zeigten sich so sehr beeindruckt, dass sie die bereits abgeschlossene Wahl zweier Delegierter für den Bezirksparteitag der KPD Nordbaden wiederholten und mich mit einem der beiden Mandate ausstatteten. So kam es zu meiner Teilnahme zu der ersten überregionalen Konferenz nordbadischer Kommunisten Anfang Dezember in Karlsruhe-Daxlanden. Ich war sehr stolz, bei dieser Gelegenheit den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Paul Schreck (der zum Bezirksvorsitzenden gewählt wurde) und den legendären Pfarrer Erwin Eckert kennen zu lernen, der kurz vor Hitlers Machtantritt als führendes Mitglied der damaligen Religiösen Sozialisten zur KPD übergetreten war, in der NS-Zeit aktiv Widerstand geleistet hatte und nun die südbadischen Kommunisten vertrat. Erstmals in meinem Leben erfüllte mich das Gefühl einer großartigen Geborgenheit im Schoße einer die Welt verändernden Kampfgemeinschaft.

Vom Bezirksparteitag in meine Ortsgruppe zurückgekehrt, erstattete ich einen in mitreißender Begeisterung vorgetragenen Bericht, der die Mitgliederversammlung veranlasste, mich spontan an Stelle des erkrankten Politischen-Leiters in dessen Funktion zu wählen.

Die KPD Ortsgruppe Südstadt zählte damals etwa 100 Mitglieder und war die zweitgrößte Ortsgruppe des Stadt- und Landkreises

Karlsruhe. Als Pol. Leiter (später 1. Vorsitzender und noch später 1. Sekretär) war ich automatisch Mitglied der erweiterten Kreisparteileitung und dies im Alter von knapp 18 Jahren! Kein Wunder, dass mein Selbstbewusstsein kaum noch Grenzen kannte.

Dies bekamen unmittelbar die Lehrkräfte meines Gymnasiums zu spüren. Egal, was immer sie mir und meinen Klassenkameraden im Unterricht beizubringen versuchten, sie wurden in nahezu jeder Unterrichtsstunde mit politischen Diskussionen konfrontiert, denen sie in keiner Hinsicht gewachsen waren. Zunächst ohne unser Wissen, danach aber durchaus mit unserem Einverständnis kamen sie mit dem neu eingerichteten „Oberschulamt“ überein, für meine 11 Mitschüler und mich eine Sonderregelung herbeizuführen, um uns durch vorgezogene formale Prüfungen baldmöglichst mit dem Reifezeugnis auszustatten und somit loszuwerden, ehe es uns gelang, auch die nachfolgenden Jahrgänge „aufzuwiegel“.

An Ostern 1946 nahm ich als Gastdelegierter Teil am Vereinigungsparteitag von SPD und KPD im Berliner Admiralspalast, an Pfingsten in Brandenburg/Hard am ersten Parlament der neu gegründeten Freien Deutschen Jugend. Dazwischen lagen in Karlsruhe die „Prüfungen“ zum Erhalt des „Zeugnisses der Reife“ an meinem Realgymnasium. Die Prüfungsfragen waren im Grunde genommen allesamt mit uns zuvor durchgesprochen, ihr Inhalt entsprach unserem durch die Kriegereignisse ziemlich rudimentär gebliebenen Wissensstand, das Abitur war im wörtlichsten Sinn ein „Not“ Abitur. Ich war niemals stolz darauf.

Meine innere Einstellung zur aktuellen Politik der KPD/SED war damals nicht ohne gewisse Vorbehalte.

Die älteren Genossen, mit denen ich es zu tun hatte, standen sowohl dem 10-Punkte-Programm des Jahres 1945 („wir lehnen es ab, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“), als auch dem „spezifisch deutschen, relativ friedlichen, demokratischen Weg zum Sozialismus“ des Chefideologen Anton Ackermann äußerst kritisch gegenüber. Ich selbst hielt die Gründung einer „überparteilichen Freien Deutschen Jugend“ zunächst nur dort für sinnvoll, wo die Jungkommunisten eine Minderheit innerhalb der politischen Jugendbewegung waren. Im Stadt- und Landkreis Karlsruhe aber gab es mehr jugendliche KPD-Mitglieder, als in Jungsozialisten, Junger Union und Jungdemokraten zusammen organisiert waren. Dementsprechend ließ ich ein eigenes Abzeichen herstellen, das eine rote Fahne zeigte mit den goldenen Buchstaben „JA KPD“ (JA- für Jugendaktiv), ein Abzeichen mit hohem Solidarisierungswert, das jedoch angesichts der Bestrebungen, auch in Westdeutschland eine Vereinigung mit der SPD herbeizuführen und eine „überparteiliche Freie Deutsche Jugend“ ins Leben zu rufen, politisch „inkorrekt“ war. Bevor es über diese Frage zu echten Auseinandersetzungen kommen konnte, wurde ich im Spätsommer 1946 zur Teilnahme am 2. Kursus der FDJ-Zentralhochschule Waldhof am Bodensee delegiert.

Im Gegensatz zu vielen anderen KPD-Funktionären hatte ich bei allen meinen Reisen nach Berlin niemals einen (damals von den Alli-



ierten vorgeschriebenen) Interzonenpass. Jede dieser Reisen vollzog sich in Etappen, wobei ich in Frankfurt/Main, Kassel und Hannover die Parteizentralen aufzusuchen hatte, bei vorher ausgesuchten, besonders vertrauenswürdigen Genossen übernachtete; von so genannten „Kurieren“ über die Grenze gebracht, mit Sonderfahrtscheinen der Deutschen Reichsbahn ausgestattet fuhr ich danach in die deutsche Hauptstadt und meldete mich umgehend bei der „Verkehrsabteilung“ des Parteivorstandes der SED. Unter dem Decknamen „Peter Wehmann“ wohnte ich zumeist in jenem Gästehaus in der Wallstraße, das 1945 der erste Sitz des ZK der neugegründeten KPD gewesen war und später bis zum Ende der DDR die Büros des Dietz-Verlages beherbergte. Als Ausweis dienten nur Nummernkarten in wechselnden Farben, die ich jeweils vorzeigen musste und offenkundig eine größere Bedeutung hatten, als alle noch so ausführlichen Personalbescheinigungen meines KPD-Landesvorstandes.

Ich habe diese Geheimniskrämerei lange Zeit nicht begriffen und mich oftmals lustig gemacht über die „Indianerspiele“ aus der Zeit der Illegalität. Erst sehr viel später wurde mir klar, dass ich für die Tätigkeit eines hauptberuflichen Funktionärs vorbereitet werden sollte, der im Sinne dessen, was man vor 1933 einen „Berufsrevolutionär“ nannte, für alle möglichen Aufgaben eingesetzt werden konnte, ein vom Willen der Parteileitung abhängiger „Kader“, auf den in vollem Umfang das russische Wort „Apparatschik“ zutraf.

Die Amerikaner müssen das ähnlich gesehen haben. Ende der Fünfzigerjahre erhielt ich Einblick in Unterlagen des Bundesamtes für

Verfassungsschutz, aus denen hervorging, dass der US-Geheimdienst CIA 1948 mich in die Liste der „50 gefährlichsten Kommunisten Westdeutschlands“ aufgenommen hatte.

Das Zentralinstitut der Freien Deutschen Jugend (später bis zum Ende der DDR die „Jugendhochschule Wilhelm Pieck“) befand sich 1946 in einem dem Zugang der Öffentlichkeit verschlossenen Waldstück am Bogensee nahe Bernau unweit von Berlin. Das Lehrgebäude selbst, in dem die Kursanten auch wohnten und gepflegt wurden, war eine ehemalige Villa von Dr. Joseph Goebbels, dem Propagandaminister Hitlers. Inmitten einer herrlich gelegenen Waldlandschaft mit Zugang zum Bogensee befand sich eine Jagdhütte und ein Anlegeplatz für Ruderboote. Unvorstellbar für junge Leute unserer Tage, wie ideal und geradezu paradiesisch diese äußeren Voraussetzungen für den Lehrbetrieb einer Bildungsstätte den Kursanten jener Zeit erscheinen mussten.

Die Bibliothek des Zentralinstituts bestand aus Büchern der „Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR“, die auf irgendeine wunderbare Weise den literarischen „Säuberungen“ des Stalinismus entgangen waren. Sie enthielt neben den Werken von Lenin und Stalin Schriften des „Volksfeindes“ Bucharin und eine breite Palette der antifaschistischen Literatur aus den zwanziger und dreißiger Jahren.

Alltäglich stand den Kursanten die Berliner Tagespresse zur Verfügung. Ausgelegt waren die „Tägliche Rundschau“, „Neues Deutschland“, die „Berliner Zeitung“ und die „Junge Welt“. Aber auch die

Westberliner Zeitungen „Tagesspiegel“ und „Telegraf“, sowie die „Neue Zeitung“, das damalige Organ der amerikanischen Besatzungsmacht, standen zur Verfügung.

Später wurde ich oft gefragt, ob diese ab 1948 bis zum Ende der DDR unvorstellbare Informationsmöglichkeit keine Gefahr für die Durchsetzung jener Ideologie bildete, die man den Kursanten vermitteln wollte. Allein schon die Fragestellung ist falsch. Die Kursanten des 2. Lehrgangs der FDJ-Hochschule waren ausnahmslos jungen Kommunisten „im Zustand der Gnade“, zutiefst überzeugt von der Richtigkeit der marxistischen Lehre, auch wenn sie diese Lehre erst in Ansätzen kannten. Dementsprechend lasen sie die „gegnerische Presse“ nicht, um sich zu informieren, sondern um all die Widersprüche, Lügen und Winkelzüge herauszufinden, mit denen diese Gazetten die Öffentlichkeit irrezuführen versuchen. In der täglichen „Zeitungsschau“ machten wir uns einen Spaß daraus, die Unwahrheiten und Verleumdungen der Westpresse einzeln herauszusuchen, Gegenargumente zu diskutieren und somit unsere Fähigkeiten zur Auseinandersetzung mit der gegnerischen Ideologie zu festigen.

Soweit ich mich erinnern kann, bestand der 2. Lehrgang der FDJ-Zentralhochschule aus etwa 30 Kursanten, von denen 10 aus Westdeutschland kamen. Gemeinsam war allen die Herkunft aus antifaschistischen Elternhäusern und die Absicht, künftig als aktive Funktionäre in SED und KPD auf dem Jugendsektor tätig zu sein.

Diese Absicht war deckungsgleich mit dem Wunsch der damaligen Führung von SED und KPD, möglichst rasch über einen Stamm ideologisch gefestigter junger Leute zu verfügen, die dem im Aufbau bestrittenen gesamtdeutschen Jugendverband gewissermaßen als „Korsettstange“ eingefügt werden konnten. Wobei übrigens, ungeachtet der formalen Überparteilichkeit dieses Verbandes, die führende Rolle der SED/KPD weder personell, noch auf ideologischem Gebiet jemals ernsthaft in Frage stand.

Was den Unterricht im FDJ-Zentralinstitut anbetraf, so unterschied er sich damals nicht wesentlich von dem, was auch auf der Parteihochschule vermittelt wurde. Nach den Begrüßungsreden des FDJ-Vorsitzenden Honecker und des Jugendsekretärs der SED Paul Verner erfolgte zunächst eine intensive Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Später sollte sich erweisen, dass dieser zweite Kursus ein herausragendes Ereignis war, anders, als beim ersten Kursus, der gewissermaßen einem „Probelauf“ glich, und den nachfolgenden Kursen, die fast ausschließlich ostdeutsche Jugendfunktionäre ausbildeten, war der zweite Lehrgang „gesamtdeutsch“ und von solchen Teilnehmern besucht, die bereits über praktische Erfahrungen verfügten und deren Grundkenntnisse in Marxismus-Leninismus weit über dem Durchschnitt „normaler“ Partei- und FDJ-Mitgliedern lagen. Es ist sicherlich mehr als bloßer Zufall, dass die meisten späteren Funktionäre des westdeutschen FDJ-Zentralbüros Teilnehmer dieses 2. Lehrgangs waren und dass der damalige Schulleiter nur

noch zwei Jahre später in einem persönlichen Brief zur Kenntnis gab, das Niveau unseres Kurses sei „nie wieder erreicht“ worden.

Tatsächlich gab sich der Parteivorstand der SED alle Mühe, uns die besten Dozenten zu vermitteln, über die der deutsche Kommunismus in jener Zeit verfügte: die „Chefideologen“ Anton Ackermann und Fred Oelßner hielten ganztägige Vorlesungen über Grundfragen des Marxismus-Leninismus und die Geschichte der Sowjetunion, Edwin Hörnle erläuterte Probleme marxistischer Agrarpolitik, Wilhelm Pieck und Otto Grothwohl sprachen über die gesamtdeutschen Aspekte der Einheitspartei.

Neben Ackermann und Oelßner, deren Ausführungen druckreif waren, begeisterten die Teilnehmer die Referate von Wolfgang Leonhard. Diese Referate waren frei von jeder Form des Dogmatismus, voller Zuversicht, dass nach der Überwindung des Faschismus eine neue Gesellschaftsordnung ohne Krieg und Ausbeutung errichtet werden würde. Die Vorlesungen der Referenten wurden ergänzt durch Selbststudium und kulturellen Veranstaltungen. Für die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer neu war die Einführung der Kategorie „Kritik und Selbstkritik“, bei welcher die Kursanten einzeln ihre Lebensläufe zu schildern hatten, die anschließend einer intensiven Diskussion unterzogen wurden. Da es hierbei keinerlei Tabu gab, hatte man das Gefühl, als würde man zunächst bis zur absoluten Nacktheit entkleidet, um danach in einen wärmenden Mantel gehüllt wie ein völlig neuer Mensch zu erscheinen.

Tatsächlich hatten alle Kursanten starke innere Widerstände zu überwinden, ehe sie bereit waren, sich dieser Prozedur zu stellen. Am Ende aber fühlten sich die meisten „wie neugeboren“. Keiner von ihnen wusste, oder ahnte auch nur, dass die bei der „Kritik und Selbstkritik“ gemachten Notizen die Grundlage für ihre spätere „Kader-Akte“ bilden würde und für ihren weiteren politischen Werdegang von ausschlaggebender Bedeutung waren.

Neben Sascha Schneider, dem Sohn des ersten weiblichen Bürgermeisters von Sachsen und von allen übrigen, später in hohen FDJ-Funktionen zu findenden westdeutschen Kursanten galt ich als „zweitbesten Lehrgangsteilnehmer“ mit der herausragend besten Abschlussbeurteilung. Am Ende des Lehrgangs wurde ich Vorsitzender einer Redaktionskommission, die eine erste umfassende Broschüre zur Selbstdarstellung der Freien Deutschen Jugend herausgab. Zu dieser Funktion erfolgte meine Kooptierung zum stimmberechtigten Mitglied des FDJ-Zentralrates.

Dieses formal „höchste Führungsgremium“ der Freien Deutschen Jugend bestand aus etwa 60 Personen. Mitglieder aller in der sowjetischen Zone zugelassenen Parteien und zwei prominenten Vertretern der Kirchen. Soweit die Angehörigen des Zentralrates aus Westdeutschland stammten, waren sie sämtlich Mitglieder der KPD. Zusammen mit den SED-Mitgliedern bildeten sie von Anfang an eine Mehrheit, was allerdings nach außen hin nur dann sichtbar wurde, wenn es galt, antikommunistisch eingestellte CDU- und LDP-Vertreter auszuschalten.

Der Zentralrat der FDJ tagte in der Regel alle zwei bis drei Monate. Diese Zusammenkünfte wurden jeweils vom „Sekretariat des Zentralrats“ einberufen, der eigentlichen Führungsinstanz des Verbandes. Hier aber gab es von Anfang an keine „Überparteilichkeit“.

Einzelheiten über Gründung und Geschichte der Freien Deutschen Jugend sind heute in einer breitgefächerten Literatur für jedermann nachzulesen. Soweit sich die Entwicklung der FDJ im sowjetisch besetzten Teil Deutschland vollzog, habe ich keinen Anteil an ihr. Wie die meisten der westdeutschen Mitglieder des Zentralrates fand auch ich die meist auf das Verbandsleben in der Sowjetzone bezogenen endlos erscheinenden Tagesordnungspunkte ziemlich uninteressant. Und die wenigen politischen Auseinandersetzungen waren stets schon lange (zumeist rein administrativ) entschieden, bevor der Zentralrat seine Beschlüsse fasste. So befanden sich beispielsweise die prominenten CDU- und LPD-Vertreter Klein und Natonek längst (als so genannte „Westagenten“) in sowjetischer Haft, als der Zentralrat ihren Ausschluss aus dem Jugendverband verfügte.

Bemerkenswert erschien mir allein, dass der Vorsitzende der FDJ, Erich Honecker, was die Mitgliederwerbung anbetraf eine gewisse Vorliebe für ehemalige aktive Angehörige der Hitlerjugend zum Ausdruck brachte und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die nationale Frage in den Vordergrund stellte.

Grundlegende Programmdiskussionen aber gab es im ersten Zentralrat nicht und konnte es auch gar nicht geben. Die auf dem Parlament in Brandenburg / Havel proklamierten 4 Grundrechte der jungen Ge-

neration waren unstrittig. Das Recht auf Arbeit, auf Bildung, Freude und Frohsinn und die politischen Rechte waren Bestandteil aller Forderungen sämtlicher Jugendorganisationen, die in den vier Besatzungszonen zugelassen wurden. Unterschiedlich allein war der Tatbestand, dass in der sowjetischen Zone unter Betonung des Einheitsgedankens einzig die FDJ existieren durfte, während in Westdeutschland und in den Westsektoren Berlins auch andere, an die Traditionen der Jugendbewegung der Weimarer Zeit anknüpfende Vereinigungen junger Menschen die erforderliche Lizenz erhielten. Echte Auseinandersetzungen gab es zunächst nur in der deutschen Hauptstadt, wo die „Falken“ sich als „Sozialistische Jugend Deutschlands“ neu gegründet hatten und der sich „überparteilich“ nennenden FDJ den Monopolcharakter streitig machten.

Diese Auseinandersetzungen waren für mich ziemlich bedeutungslos. Ende 1946 kehrte ich wieder nach Karlsruhe zurück und sah meine künftigen politischen Aufgaben, egal, ob in der Jugendarbeit oder sonst wo allein in der Erfüllung der Beschlüsse meiner Partei.

Wie die Mehrzahl der Jugendfunktionäre der KPD in Nordbaden hielt ich zunächst fest an einem Kurs des offenen Bekenntnisses zur revolutionären Zielsetzung. Unter dem Einfluss älterer Genossen hielt ich nicht viel von der im Zehn-Punkte-Programm der KPD angestrebten „Parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk“ und schon gar nichts davon, dass man „Trümmer nicht sozialisieren“ könne. Besonders skeptisch stand ich der Theorie des Chefideologen der SED, Anton Acker-



mann, gegenüber, die besagte, dass es die Möglichkeit eines „spezifisch deutschen, relativ friedlichen demokratischen Weg“ zum Sozialismus gäbe.

Diese Einstellung änderte sich grundlegend auf dem 2. Lehrgang des FDJ-Zentralinstituts. Von nun an sah ich im „deutschen Sonderweg“ die einzige Möglichkeit, eventuelle Fehlentwicklungen der Sowjetunion zu vermeiden und überdies die Interessen der Nation in der Internationale zu vertreten.

Soweit die SED/KPD bis 1949 die unbedingte Herstellung der „Einheit Deutschlands“ als Kampfziel proklamierte, gegen die offenkundig werdenden Bemühungen der Westmächte und der nichtkommunistischen Parteien, einen separaten Weststaat zu gründen und diesen in eine kapitalistisch organisierte (West-)„Europäische Gemeinschaft“ einzubringen, gab es von meiner Seite keine Widersprüche.

Bereits Ende 1946 wählte mich ein Kreisparteitag zum Mitglied des Sekretariats der Kreisparteileitung, eine Kreisjugendkonferenz zum Kreisjugendleiter der KPD Karlsruhe, Anfang 1947 eine Landeskonferenz der KPD in Mannheim zum Mitglied des Landesvorstandes der KPD Württemberg-Baden. Ein Jahr später bekam ich Sitz und Stimme in der Jugendkommission des neu geschaffenen Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands. Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die damaligen Wahlgesetze nur erst im Alter von 21 Jahren das aktive Wahlrecht einräumten und ich als 19- oder 20-jähriger somit nicht Mitglied eines Gemeinderates, eines Kreistags oder Landtags sein konnte, waren die Funktionen, die ich

bis dahin errungen hatte, die höchsten Parteifunktionen einer in meinem damaligen Alter für einen jungen westdeutschen Kommunisten überhaupt möglichen „Karriere“.

Das deutsche Schicksalsjahr 1948 brachte auch für mich tiefe Einschnitte in das bis dahin weitgehend ungetrübte Verhältnis zu „meiner“ Partei.

Im Frühjahr war mit der Machtergreifung der KPČ in Prag der Eisene Vorhang zwischen Ost- und Westeuropa endgültig niedergegangen. In der sowjetischen Zone begann ein durch mehr als zweifelhafte „Wahlen“ zustande gekommenen Volkskongress, in Westdeutschland ein von Delegierten der Länder beschickter parlamentarischer Rat mit der Ausarbeitung von Grundgesetzen der Zweistaatlichkeit. Kurz zuvor hatte Präsident Truman die Politik seines Amtsvorgängers gegenüber der Sowjetunion beendet und durch eine Strategie des „Containments“ ersetzt. Ein wirtschaftliches Aufbauprogramm für Westeuropa und die Westzonen Deutschland („Marshallplan“) ergänzte diese Bestrebungen.

Für Stalin und die damalige Führung der Sowjetunion kam es angesichts dieser Vorgänge darauf an, die von der Roten Armee besetzten und von Kommunistischen Parteien regierten Ost- und Ostmitteleuropäischen Länder gleichzuschalten und die sowjetische Hegemonie endgültig durchzusetzen.

Konkret bedeutete dies das Ende der Strategie und Taktik der „nationalen Sonderwege“ zum Sozialismus und die Einschwörung auf die „führende Rolle der Sowjetunion“ einschließlich der immer deutli-

cher formulierten Ergänzung „mit dem Genossen Stalin an der Spitze“. Daraus ergab sich für mich die widersprüchliche Situation, in der Verteidigung der Theorie des „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“ die formal immer noch gültigen Grundsätze und Ziele der SED/KPD, denen ich anfangs so kritisch gegenübergestanden hatte, gegen die zunehmende Stalinisierung (glaubte) rechtfertigen zu müssen.

Dreh- und Angelpunkt aller innerparteilichen Auseinandersetzungen und Kriterium für alle meine persönlichen Vorbehalte gegen die forcierte Stalinisierung war die „jugoslawische Frage“.

Das sowjetische Jugoslawien unter der Führung des legendären Partisanenmarschalls Josip Broz Tito war das einzige Land in Europa, das sich weitgehend aus eigener Kraft (wenn auch mit tatkräftiger Hilfe Großbritanniens) der deutschen und italienischen Besetzung entledigt und (trotz erheblicher Bedenken Stalins) 1946 eine Föderative Volksrepublik errichtet hatte. Nirgendwo auf dem gesamten Kontinent genoss eine Kommunistische Partei damals größeres Ansehen, als in Jugoslawien.

Stalin, den dieser Umstand ein Dorn im Auge war, unterstützte zunächst Titos Streben nach einer Vormachtstellung auf dem Balkan und einer herausragenden Position innerhalb des 1947 im schlesischen Schreiberhau gegründeten „Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien“. Wörtlich empfahl er den jugoslawischen KP-Führern, das kleine Albanien zu „schlucken“. Des Weiteren unterstützte er die Ansprüche Jugoslawiens auf das italienische

Triest und trug somit wesentlich dazu bei, dass die KP Italiens 1948 die Wahlen verlor.

Als Tito jedoch dazu tendierte, den gemeinsam mit Bulgarien entwickelten Plan einer „sozialistischen Balkanföderation“ mit den Parteiführern Ungarns und Rumäniens zu erörtern, befürchtete man im Kreml das Entstehen eines zweiten Machtzentrums im Einflussbereich der UdSSR und ging auf Gegenkurs.

Unmittelbar im Anschluss an einen Putschversuch Stalinhöriger jugoslawischer KP-Funktionäre gegen Tito erfolgte, für alle Welt überraschend, auf der II. Konferenz des Kommintern in Bukarest der Ausschluss der „Tito-Clique“ aus der „Gemeinschaft der Kommunistischen und Arbeiterparteien“, sowie der offene Appell an die Völker Jugoslawiens, „eine neue Führung zu wählen“.

Titos offener Widerstand und die Tatsache, dass die Völker Jugoslawiens den Unterwerfungsabsichten Stalins die Stirn boten, führte – gegen den erklärten Willen aller Beteiligten – zur Bildung eines neuen, von der Sowjetunion unabhängigen Kommunistischen Zentrums. Ein solches Zentrum musste, völlig unabhängig davon, ob Tito dies wollte oder nicht, da er sich der Führungsrolle Stalins widersetzte, zu einer antisowjetischen Politik übergehen und objektiv zu einem Verbündeten der USA im beginnenden Kalten Krieg werden. Tatsächlich war die Unabhängigkeit Jugoslawiens erst gesichert, als 1949 nach einem Aufmarsch der sowjetischen Truppen an seinen Grenzen der amerikanische Außenminister Dean Acheson die offizielle Erklärung abgab „wer Jugoslawien angreift, greift die Vereinigten Staaten an“.

In Stalins Augen war diese Erklärung der letzte Beweis für die Richtigkeit seiner Auffassung, dass der „Titoismus“ eine „Agentur des amerikanischen Imperialismus“ ist und, entsprechend einer wörtlichen Formulierung der 3. Komminternkonferenz, die kommunistische Partei Jugoslawiens sich „in der Gewalt von Mördern und Spionen“ befand.

Mit einer schlichten Wiederholung der innerparteilichen „Säuberungen“ und des offenen Terrors im Sowjetstaat der Dreißigerjahre wurden nun in allen Ländern, die unter sowjetischem Einfluss standen, und darüber hinaus auch in allen Kommunistischen Parteien des Westens diejenigen „Elemente“ ausgeschaltet, unterdrückt, inhaftiert, in Schauprozessen zum Tode verurteilt oder auch „nur“ ihrer Ämter entbunden und öffentlich verfeimt, die in irgendeiner Weise irgendwann einmal Sympathien für den „jugoslawischen Weg“, den „besonderen deutschen Weg“ oder kritische Gedanken über die stalinistischen Verfälschungen der sowjetischen Geschichte geäußert hatten. Angesicht der ungeheuerlichen Schauprozesse gegen Laszlo Rajk (Ungarn), Traitscho Kostov (Bulgarien) und Rudolf Slansky (CSSR) und viele andere prominente osteuropäische Kommunisten blieb im Westen weitgehend unbeachtet, dass der Säuberungsterror auch die westeuropäischen Kommunistischen Parteien nicht verschonte: von den elf Landesvorsitzenden der KP Westdeutschlands wurden in den Jahren 1948 bis 1952 zehn ihrer Funktionen enthoben, mindestens zwei wurden zu „Besprechungen“ nach Ostberlin „eingeladen“, dort inhaftiert und für viele Jahre in sowjetischen Arbeitslagern festgehalten.

ten. Alle gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen waren von Anfang an haltlos. Nach Stalins Tod wurden sie Zug um Zug „rehabilitiert“, teilweise sogar postum. So unglaublich es auch klingen mag: selbst die Todfeinde des Kommunismus konnten der westdeutschen KP auch nicht annähernd jenen Schaden zufügen, den sie tatsächlich durch das Wüten des Stalinismus erlitten hat. Dass sich, gewollt oder ungewollt, hierbei gelegentlich eine unheilige Allianz zwischen stalinistischen „Säuberern“ und antikommunistischen westlichen Geheimdiensten bildete, wird aus meinem eigenen Schicksal deutlich.